Ressort: Politik

Große Mehrheit gegen höhere Diäten für Bundestagsabgeordnete

Berlin, 06.04.2013, 08:09 Uhr

GDN - In der Bevölkerung gibt es fast keine Zustimmung für eine Erhöhung der Diäten von Bundestagsabgeordneten. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage für das Nachrichtenmagazin "Focus": Nur neun Prozent der Befragten meinen, die Bezüge von Bundestagsabgeordneten sollten jetzt steigen, 86 Prozent lehnten höhere Diäten ab.

Vier Prozent waren unentschieden oder machten keine Angaben. Das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid hatte vom 3. bis 4. April 1004 Bürger befragt. Die Unabhängige Kommission hatte empfohlen, die Bezüge eines Richters an einem obersten Gerichtshof des Bundes als Orientierungsgröße für Abgeordnete durchzusetzen. Das bedeutete eine Steigerung um etwa 300 Euro. Der CDU-Außenpolitiker Ruprecht Polenz empfahl unterdessen in "Focus" seinen Kollegen, das Thema noch vor der Bundestagswahl anzugehen. "Wenn man es jetzt bewusst vor der Wahl entscheidet, wird das ein Thema im Wahlkampf werden, das man dann aber auch rechtfertigen und begründen kann." Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Union, Michael Grosse-Brömer (CDU), gab sich zurückhaltend: "Ich warte jetzt auf Stellungnahmen der anderen Fraktionen und bin gespannt, ob wir eine gemeinsame Vorgehensweise vereinbaren können", sagte er "Focus". Sein SPD-Kollege Thomas Oppermann will die Vorschläge der Unabhängigen Kommission zunächst "gründlich" in der Rechtsstellungskommission des Parlaments prüfen lassen. Dass in dieser Legislatur noch eine Entscheidung kommt, ist damit unwahrscheinlich. Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Jörg van Essen, sprach in "Focus" der Kommission ein "großes Lob für sehr vernünftige Vorschläge" aus. Er wies darauf hin, dass die Abgeordneten selbst mit angehobenen Diäten weniger bekämen als Abteilungsleiter der Bundestagsverwaltung. "Es gibt ganz wenige Firmen, wo die Chefs weniger verdienen als Spitzenkräfte unter den Mitarbeitern."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-11323/grosse-mehrheit-gegen-hoehere-diaeten-fuer-bundestagsabgeordnete.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619